

**Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP/Michael Daphinoff, CVP):
Konzentration aller Büroarbeitsplätze der Stadtverwaltung in einem
„Stadthaus“ auf der Schützenmatte**

Heute ist Berns Stadtverwaltung auf 16 Standorte verteilt. Eine solche Dezentralisation ist weder wirtschaftlich noch modern. Im Sinne einer schlanken, effizienten und somit kostengünstigen Organisation sind deshalb bis auf begründete Ausnahmen alle Büroarbeitsplätze der städtischen Verwaltung in ein so genanntes „Stadthaus“ an einem einzelnen Standort zu konzentrieren. So profitieren die Einwohnerinnen und Einwohner von kürzeren Wegen und reduzierten Wartezeiten. Eine solche Fokussierung bedeutet aber nicht nur Bürgernähe und verbesserten Kundenservice, sondern durch die Verlegung in ein neues Verwaltungsgebäude können die Kapazitäten der einzelnen Arbeitsplätze optimaler genutzt werden. Darüber hinaus ermöglicht ein derartiger Neubau eine konsequente Modernisierung der Infrastruktur. Dies nicht etwa in einem teuren Prestigeobjekt, sondern in einem funktionalen Sachbau und ohne unnötigen Prunk und Schnickschnack. Ein „Stadthaus“ entspricht dem heutigen Bild einer modernen wie schlagkräftigen städtischen Verwaltung. So wird durch eine bessere Vernetzung die dienststellenübergreifende Zusammenarbeit forciert und durch die Angleichung der Arbeitsplatzstandards lassen sich wichtige Synergien nutzen. Ferner werden mit der dadurch möglichen Optimierung der Raumkosten der Stadtverwaltung sowie einer besseren Auslastung des Flächenverbrauchs auf längere Sicht die Stadtfinanzen entlastet. Denn diese Konzentration bringt den Verzicht auf unwirtschaftliche Standorte. Mit weniger Immobilien könnten Sparpotenziale im Sinne von Investitions- und Unterhaltskostenminimierung ausgeschöpft werden. Dienststellen wie die Entsorgungshöfe oder die Blaulichtorganisationen würden aus logistischen Gründen ihre dezentralen Standorte beibehalten.

Bekannterweise verfolgt die Stadtregierung bei den Verwaltungsgebäuden seit 2007 im Rahmen des Projektes „RASA“ eine Strategie der Raum- und Standortoptimierung. Damals hatte sich der Gemeinderat gegen den Bau eines „Stadthauses“ entschieden. Dafür massgebend waren unter anderem Kostenüberlegungen. Angesichts der Situation heute mit diversen anstehenden Sanierungen städtischer Verwaltungsgebäude ist auf diesen Entscheid zurückzukommen. Dass ein solches „Stadthaus“ keine Idee von gestern ist, belegen die entsprechenden Bestrebungen von Grossunternehmen wie der SBB oder der Post.

Ein weiterer Grund für den damaligen Verzicht auf eine solche Standortkonzentration war der Wunsch des Gemeinderats, geeignete Flächen an zentraler Lage für andere stadtexterne Nutzungen freizuhalten. So berichtete die frühere städtische Finanzdirektorin Barbara Hayoz noch in der Stadtratsdebatte vom 29. November 2012 zu einem Rückweisungsantrag der Fraktion BDP/CVP gegen damalige Sanierungsvorhaben: „Ein 'Stadthaus' käme nur dann günstiger, wenn der heutige Bestand an Verwaltungsgebäuden in einem zweckmässigen '0815'-Bau an der Peripherie der Stadt zusammengefasst würde.“ Doch man ist alles andere als gezwungen, ein solches Projekt effektiv am Stadtrand zu realisieren. Und ebenfalls nicht an anderweitig benötigten Lagen wie in Wankdorf City. Denn ein zentraler Standort bietet sich geradezu an: die Schützenmatte. Diese ist ein ideal gelegener und optimal erschlossener Stadtraum Berns. Ein so bürgernaher Standort ist für den Sitz einer städtischen Verwaltung perfekt. Das „Stadthaus“ als neues Domizil der städtischen Dienststellen mit Publikumsverkehr liesse sich auch im Einklang mit dem „Schindler Award“ realisieren. Wie ein solches Verwaltungsgebäude letztlich gebaut würde,

als Längsbau oder Hochhaus, und wie es in die entsprechenden Entwürfe dieses europäischen Studentenwettbewerbs integriert werden kann, müsste die Planung aufzeigen.

Heute ist die Schützenmatte zwar eine veritable verkehrstechnische Drehscheibe, doch ihre Gestaltung überzeugt weniger. Sie entspricht nicht den Standards, die in einer Hauptstadt erwartet werden. Bauliche Veränderungen drängen sich regelrecht auf. So kamen im Rahmen des Studentenwettbewerbs „Schindler Award“ auch Vorschläge, wonach die Schützenmatte etwa zu einem neuen Quartierteil, einem Stadtplatz oder sogar einem Park mutieren könnte. All diese Bestrebungen, die Schützenmatte städtebaulich besser zu nutzen, sind absolut zu begrüßen. Sie betonen die Wichtigkeit dieses Perimeters als urbaner Dreh- und Angelpunkt.

Es liegt auf der Hand, dass die Realisierung eines „Stadthauses“, als zentrales Domizil der städtischen Dienststellen mit Publikumsverkehr, die Schützenmatte sowie ihre unmittelbare Umgebung aufwerten würde. Mit der parallelen Ansiedelung von Geschäften und Restaurants könnte der Raum Bollwerk/Schützenmatte belebt und sicherer gemacht werden. Durch den dort angesiedelten offiziellen Sitz der Berner Stadtverwaltung erhielte auch die kulturelle Institution Reithalle ein neues Gewicht.

Aus all diesen Überlegungen wird der Gemeinderat mit dieser Motion aufgefordert:

1. dem Stadtrat eine Immobilienkonzentrationsstrategie vorzulegen, welche die weitere Verwendung der bisherigen Liegenschaften mit Standorten der Stadtverwaltung aufzeigt. Diese Strategie hat pro Liegenschaft unterschiedliche Szenarien aufzuzeigen wie Verkauf, Abgabe im Baurecht, neue Nutzung etc.
2. die Planung für ein „Stadthaus“ als neuen zentralen Sitz der städtischen Verwaltung auf der Schützenmatte einzuleiten. Ziel ist, sämtliche Büroarbeitsplätze aller Direktionen an einem Standort zu konzentrieren. Davon ausgenommen sind Abteilungen mit besonderer Funktion oder Bindung an den bisherigen Standort.
3. im Rahmen eines Standortmanagements ein solches „Stadthaus“ auch anderen möglichen Nutzungen zugänglich zu machen. So ist zum Beispiel ein grosszügiges Parking im Untergeschoss ebenso vorzusehen, wie Läden und Restaurants insbesondere im Erdgeschoss.
4. das neue „Stadthaus“ auf der Schützenmatte kompatibel mit den aktuell angelaufenen Planungsarbeiten zur Gestaltung der Schützenmatte zu realisieren. Dies gilt speziell für die im Rahmen des Studentenwettbewerbs „Schindler Award“ verfolgten Grobszenarien. Der Wille zur Umgestaltung und Aufwertung dieses Perimeters, weg vom Unort und hin zum lebendig-urbanen Raum, ist beizubehalten.
5. das Projekt „Stadthaus“ Schützenmatte ist mit allfälligen Vorhaben der SBB abzustimmen. Es muss gewährleistet sein, dass die SBB mittel- wie langfristig bauliche Massnahmen zur Behebung bereits heute prognostizierter Kapazitätsengpässe realisieren können. Dazu gehören die Zufahrtsstrecken wie auch die Publikumsanlagen des regionalen- und überregionalen Bahnverkehrs. Ebenfalls zu beachten ist die Entwicklung des Bahnhofs Bern und dabei der im Rahmen des Gesamtkonzepts „Zukunft Bahnhof Bern“ (ZBB) langfristige Kapazitätsausbau.
6. dem Stadtrat eine Kreditvorlage für ein „Stadthaus“ auf der Schützenmatte zu unterbreiten. Bau und Betrieb eines neuen zentralen Sitzes der städtischen Verwaltung ist verglichen mit dem Unterhalt an vielen dezentralen Standorten kostengünstiger. Mit dem Verkauf bestehender Liegenschaften ist ein solches Stadthaus“ zumindest zu einem erheblichen Teil finanzierbar.
7. die sistierte Suche nach einem Standort für ein zentrales „Stadthaus“ zu reaktiveren, falls die Schützenmatte in der Evaluation und politischen Diskussion als ungeeignet taxiert wird.

Bern, 06. Juni 2013

Erstunterzeichnende: Martin Mäder, Michael Daphinoff

Mitunterzeichnende: Claudio Fischer, Martin Schneider, Judith Renner-Bach, Urs Ziehli, Isabelle Heer